



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung

Stuttgart, den 21. Juni 2012

LNV für grenzübergreifenden Bodenschutz in Europa

Deutschland soll endlich aufhören zu blockieren

Gesunde Böden sind Voraussetzung für die Welternährung sowie für eine funktionierende Land- und Volkswirtschaft

Der LNV fordert die Bundesregierung auf, endlich ihre Blockadehaltung gegenüber einer grenzübergreifenden EU-Richtlinie zum Bodenschutz aufzugeben. „Eine europäische Bodenschutzrichtlinie kann die vorhandenen Defizite beseitigen helfen“, glaubt der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret.

Der Boden ist eine ökologisch und ökonomisch bedeutsame, für den Menschen lebenswichtige, nicht erneuerbare Ressource. Er sorgt für Nahrung und Trinkwasser und ist ein wichtiger Schadstofffilter. Böden sind außerdem natürliche Kohlenstoff-Speicher. „In Deutschland gibt es zwar das Bundesbodenschutzgesetz, das relativ hohe Standards setzt. Viele Nachbarländer sind allerdings noch weit von einer nachhaltigen Bodenpolitik entfernt“, so Ehret. Seiner Meinung nach ist eine einheitliche Bodenschutzpolitik zwingend notwendig, um neben ökologischen auch volkswirtschaftliche Schäden – wie sie etwa durch Versiegelung, Verdichtung, Schadstoffeintrag oder intensive landwirtschaftliche Nutzung entstehen – zu verhindern. Für den LNV hat die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Bodenschutzrahmenrichtlinie (BRRL) absolute Relevanz.

Neben Deutschland blockieren auch Frankreich, Großbritannien, Österreich und die Niederlande die im September 2006 von der EU-Kommission eingebrachte Gesetzesvorlage. Die Bundesregierung setzt auf eine freiwillige Selbstverpflichtung. „Eine

solche wird keine Verbesserungen bringen. Die negativen Folgen überbeanspruchter Böden halten sich nicht an geografische Grenzen“, betont der LNV-Vorsitzende.

Auch Jörg Schneider vom Bundesverband Boden e.V. und Vorsitzender der Regionalgruppe Süd glaubt an die Wirksamkeit einer grenzübergreifenden Bodenschutzrichtlinie: „Länder, die bislang im Bereich Bodenschutz keine oder kaum Regelungen hatten, bekämen einen gute Rahmen und könnten sogar bisherige Wettbewerbsnachteile ausgleichen“, so der Fachmann. Außerdem ginge es um den Erhalt des Standortfaktors „Boden“ im Gunstraum Mitteleuropa, wo ausgeglichenes Klima und ausreichend Niederschläge für gute natürliche Anbaubedingungen sorgten. Schneider kann die Blockadehaltung Deutschlands nicht ganz nachvollziehen, da der Entwurf der Rahmenrichtlinie sich eng an die bereits vorhandene Bodenschutzgesetzgebung halte.

In unserer industrialisierten Welt sind Böden geprägt von einer nicht nachhaltigen Nutzung: Dazu zählen Landwirtschaft, Verkehr, Siedlungsbau und Industrie. Folgen können sein: Vermehrte Freisetzung von Kohlendioxid, Verlust der Biodiversität, Verlust organischer Substanz, Absinken der Wasserspeicherkapazität, Hochwasser, Versalzung und Verschmutzung. Das wiederum hat Auswirkungen auf das Klima, die Landwirtschaft und die Qualität des Grundwassers.

„Während die Zerstörung und Kontamination in kurzen Zeiträumen erfolgt, braucht es für die Entstehung von einem Meter Boden etwa 10.000 Jahre“, so Schneider.

Laut Deutschem Naturschutzring (DNR) sind in den alten Bundesländern 16 Prozent der Böden bedroht, in den neuen Mitgliedsstaaten, wie Tschechien, Ungarn oder Polen sogar etwa 35 Prozent. Dabei ist die Bedeutung gesunder Böden hinlänglich bekannt. „Es geht um unsere Lebensgrundlage“, so Ehret.

Die Verschlechterung des Bodens koste die Europäer einer Schätzung des Europäischen Umweltbüros (EEB 2010) zufolge jährlich etwa 38 Milliarden Euro. Dabei sor-

ge ein gesunder Boden für eine funktionsfähige Landwirtschaft und erhalte damit Arbeitsplätze.

Kritisch sieht man beim LNV auch die Problematik des Flächenverbrauchs. Zwar sei die Flächeninanspruchnahme in den letzten Jahren insgesamt gesunken und eine weitere Reduktion politisch angestrebt. „Doch das bisher geltende Bodenschutzgesetz bietet noch keinen wirksamen Hebel, um gegen übertriebenen Flächenverbrauch vorzugehen“, weiß Ehret. Hier sei eine Nachbesserung überfällig.

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV) ist Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Baden-Württemberg. In ihm sind 33 Vereine mit ca. 540.000 Mitgliedern organisiert. Er ist gemäß Naturschutzgesetz nach § 67 anerkannter Naturschutzverein und vertritt nach § 66 Abs. 3 die Natur- und Umweltschutzvereine des Landes.